

# Sozialdemokratischer Eiertanz

## SPD-Bundestagsfraktion veröffentlichte bisher geheim gehaltene Hausausweislisten, geht aber gleichzeitig in Revision gegen Transparenzurteil

Fabian Lambeck

*Lange wollte die SPD-Fraktion nicht verraten, welchen Vereinen und Konzernen sie diskrete Hausausweise ausstellen ließ. Dass sie die Namen nun veröffentlicht, ist kein Zeichen für einen Sinneswandel.*

---

Der Hausausweis für den Bundestag ist ein kleines Kärtchen, dessen Farbe verrät, in welcher Mission sein Träger unterwegs ist. Rot bekommen die Journalisten, blau die Fraktionsmitarbeiter und grün die Lobbyisten. Um eben diese grünen Plastekarten gibt es seit Monaten Streit. Denn Union und SPD wollten auf Nachfrage des Vereins Abgeordnetenwatch nicht preisgeben, welchen Organisationen und Konzernen sie privilegierten Zugang gewähren. Für Lobbyisten gibt es zwei Wege, an die begehrten Ausweise zu gelangen. Zum einen können sie sich in einem öffentlichen Register eintragen lassen oder aber sie besorgen sich die Kärtchen diskret über die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion. Abgeordnetenwatch verweist auf Zahlen der Bundestagsverwaltung, wonach 2014 rund 1000 Interessenvertreter über einen Hausausweis verfügten, »den sie mit Bewilligung der Fraktionen erhalten haben«. Dieser diskrete Weg zum Ausweis war der Öffentlichkeit lange nicht bekannt. Wohl auch deshalb sorgte es für einiges Aufsehen, als Abgeordnetenwatch die Sache ans Licht brachte.

Während die Linksfraktion und nach einigem Zögern auch die Grünen die Listen herausgaben, stellten sich Union und Sozialdemokraten quer. Beide verwiesen auf den Datenschutz und die Persönlichkeitsrechte. Die Bundestagsverwaltung spielte mit und meinte, die Ausweise seien Sache der Fraktionen und somit parlamentarisches Handeln. Ein solches falle aber nicht unter das Informationsfreiheitsgesetz (IFG), das sich nur auf Verwaltungsakte beziehe. Deshalb könne Abgeordnetenwatch keine Auskunft nach dem IFG verlangen. Die Aktivisten zogen daraufhin vor Gericht und siegten.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihre Blockadehaltung nun aufgegeben und die Listen mit jenen Organisationen, Verbänden und Konzernen veröffentlicht, deren Vertretern - insgesamt 66 - sie in diesem Jahr Hausausweise für das Parlament zukommen ließ. Die im Netz einsehbare Liste enthält die üblichen Verdächtigen: Neben der Panzerschmiede Rheinmetall finden sich der Energieriese RWE dort ebenso wie die ThyssenKrupp Marine Systems und die »forschenden Pharmaunternehmen«. Man würde den Sozialdemokraten aber Unrecht tun, wenn man ihnen unterstelle, nur Konzernvertreter mit Hausausweisen zu versorgen. Denn auch die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die Verbraucherzentrale oder das Goethe-Institut finden sich in der Aufstellung, die man bereits am 14. Oktober veröffentlicht haben will, wie eine Sprecherin der Fraktion am Dienstag gegenüber »nd« betonte. »Wir haben das Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts zum Anlass genommen, die Listen auf unserer Homepage publik zu machen«, so die Sprecherin.

Gregor Hackmack, der Geschäftsführer von Abgeordnetenwatch, bezeichnete es gegenüber dieser Zeitung als »unglaublich«, dass die SPD tatsächlich nur auf das Urteil reagiert haben will. »Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Berlin fiel bereits im Juni. Warum macht die Fraktion die Listen erst jetzt öffentlich?«, so Hackmack. Der Aktivist glaubt, dass es zum einen der öffentliche Druck war, der die Entscheidung forciert habe. »Zum anderen gab es auch Stimmen innerhalb der Fraktion, die auf mehr Transparenz drängten.«

Das Agieren der SPD in dieser Frage ist tatsächlich merkwürdig. Erst vor wenigen Tagen hatte sie zusammen mit der Union im Ältestenrat beschlossen, gegen das Urteil des Berliner Gerichtes in Revision zu gehen. Die Pressesprecherin der Fraktion unterstrich im Gespräch mit dem »nd«, es gehe den Sozialdemokraten vor allem um eine juristische Klärung der Angelegenheit. Auch an dieser Darstellung meldete Hackmack Zweifel an: »Während der Verhandlung hatte die Richterin eine Sprungrevision angeboten, somit hätte man gleich vor das Bundesverwaltungsgericht ziehen können.« Dies hätten Union und SPD aber abgelehnt. Nun muss zuerst das Oberverwaltungsgericht entscheiden. Somit verzögert sich die von der SPD gewollte Klärung um Monate, wenn nicht Jahre.

Abgeordnetenwatch hat nun eine vorläufige Liste mit insgesamt 607 Interessenverbänden, Organisationen und Unternehmen vorgelegt, die direkt Lobbyisten in den Bundestag entsenden können. Dabei fehlt ein Großteil, denn die Union mauert ja immer noch. Bei Abgeordnetenwatch schätzt man, dass CDU und CSU im vergangenen Jahr rund 700 Ausweise bewilligten.

---

Quelle: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/989382.sozialdemokratischer-eiertanz.html>